

Lehrermangel: Lösungen gefunden

Der Lehrermangel hat in den letzten Wochen mancher Schulgemeinde Kopfzerbrechen bereitet. Nun zeigt sich: Überall im Kanton Schaffhausen kann nach den Ferien der Unterricht ohne grosse Abstriche stattfinden.

Mark Liebenberg

SCHAFFHAUSEN. Waren im April auf der Stellenplattform des Schaffhauser Erziehungsdepartements noch über 60 Lehrerstellen ausgeschrieben, so sind es zu Ferienbeginn Anfang dieser Woche noch 15. «Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen», bilanziert Peter Pfeiffer, Leiter Schulentwicklung und Aufsicht beim Erziehungsdepartement. In den letzten Wochen habe der Kanton gemeinsam mit den betroffenen Schulgemeinden nach Lösungen gesucht – und in den meisten Fällen auch welche gefunden. Notmassnahmen, die diskutiert worden waren – wie Klassenzusammenlegungen im grossen Stil – mussten keine ergriffen werden.

Das bedeutet: Der Schulunterricht kann nach den Sommerferien überall im Kanton ohne grosse Abstriche stattfinden. In zwei

Schulgemeinden kommt es indes wegen Lehrerstellen, die nicht besetzt werden konnten, zu Änderungen, die auch die Schülerinnen und Schüler zu spüren bekommen: Hallau und Oberhallau haben drei 5./6. Klassen zu zwei Klassen zusammengelegt, mit je 23 Schülern.

Lohnfrage aktueller denn je

Und Wilchingen hat mit der Nachbargemeinde Trasadingen zusammengespannt: Wegen einer erfolglos ausgeschriebenen Klassenlehrerstelle werden die Erstklässler aus beiden Schulgemeinden neu alle im Schulhaus Trasadingen und die Zweitklässler in der Gemeinde Wilchingen unterrichtet. Dazu wird der Einsatz eines Schulbusses notwendig. «Nicht alle Eltern haben auf die neue Situation erfreut reagiert», sagt die Wilchinger Schulleiterin Karin Voss zu den SN. Auch dort sind die Klassen nun recht gross.

Das Problem ist damit vorübergehend gelöst – die Situation auf dem Stellenmarkt dürfte sich aber in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Eine Arbeitsgruppe soll die Situation im nächsten Schuljahr genau analysieren, um schneller auf Engpässe in den Gemeinden reagieren zu könne, heisst es.

Es brauche jetzt aber dringend eine Anpassung der Lehrerlöhne, um mit den Nachbarkantonen mithalten zu können, fordert die Schaffhauser Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer. Die Kantonsregierung hat Bereitschaft signalisiert, die Forderung nach drei Prozent Lohnerhöhung für Lehrerinnen und Lehrer steht im Raum.

Die Löhne der Lehrkräfte legt aber das Kantonsparlament in den Budgetberatungen im Herbst fest. «Das wird eine Nagelprobe für die Schaffhauser Politik», sagt Erziehungsdirektor Christian Amsler. / 15

«Das wird eine Nagelprobe für die Schaffhauser Politik.»

Christian Amsler
Erziehungsdirektor,
zur Lehrbesoldung

Schaffhauser Nachrichten, 10.7.2019

«Mit einem blauen Auge davongekommen»

Der Lehrermangel drohte vor den Sommerferien manche Schulgemeinde im Kanton Schaffhausen vor grosse Probleme zu stellen. Die Situation hat sich nun aber stark beruhigt – Notmassnahmen mussten keine ergriffen werden. Doch die strukturellen Probleme bleiben.

Mark Liebenberg

SCHAFFHAUSEN. Noch vor zwei Monaten sah es düster aus: 60 Lehrkräfte fehlten im Kanton per Anfang des neuen Schuljahres im Kanton Schaffhausen. Der Lehrerverein schlug Alarm – es herrsche bereits ein «Notstand».

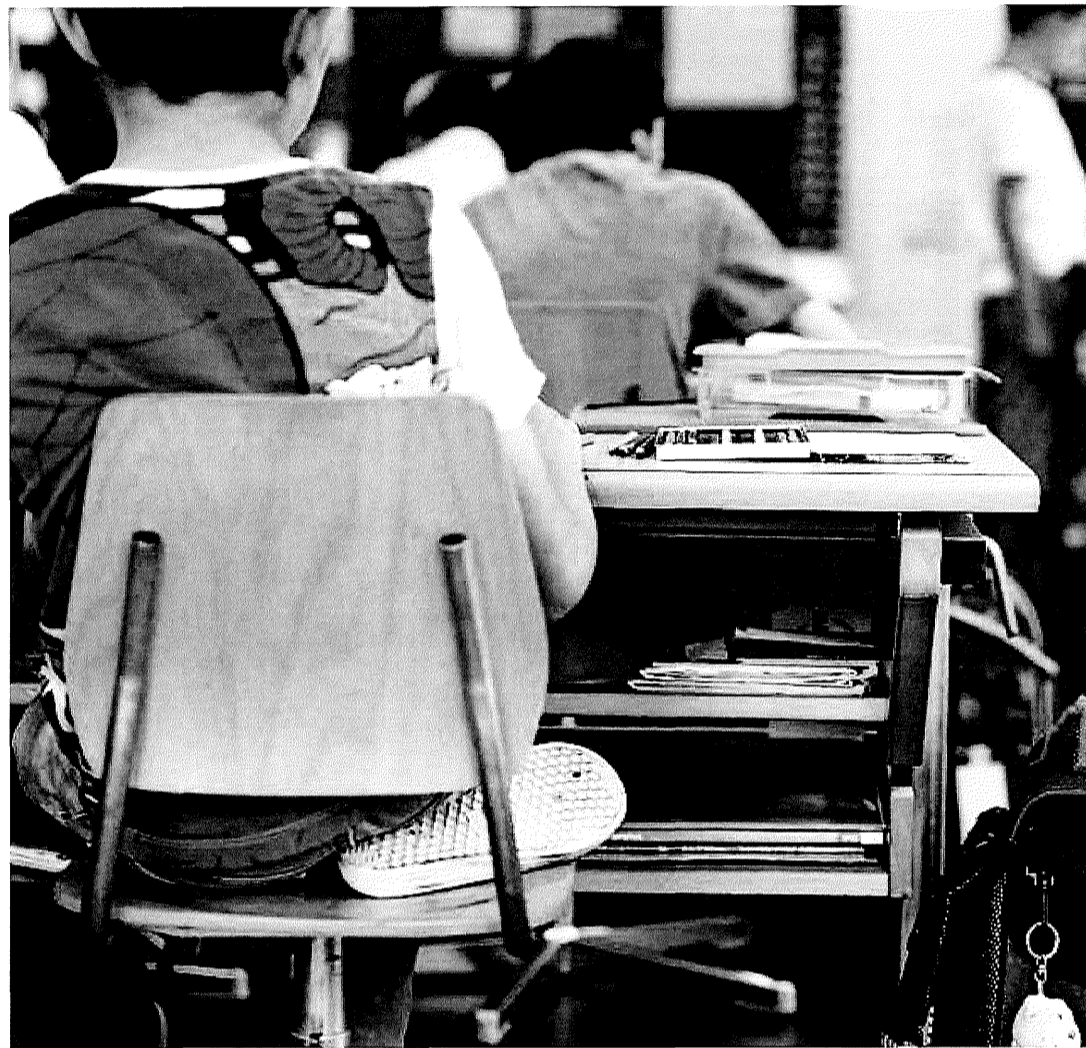
Jetzt, nach Beginn der Sommerferien, sind auf der Stellenbörse des Erziehungsdepartements noch 15 Stellen ausgeschrieben. Die meisten davon kleinere Pensen, temporäre Stellvertretungen oder Stellen für das zweite Semester. «Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen», sagt Peter Pfeiffer, Leiter Schulentwicklung und Aufsicht beim Erziehungsdepartement.

Ausgetrockneter Stellenmarkt

Grund für die Entspannung der Situation sind verstärkte Anstrengungen und die enge Begleitung der Behörden durch den Kanton vor Ort. Es sind die Schulgemeinden, die Lehrerstellen besetzen müssen. «Die Schulleitungen und zuständigen Schulbehörden vor Ort haben viel für die letztlich gelungene Stellenbesetzung getan», sagt Pfeiffer. Dort, wo es möglich war, haben die Schulinspektorinnen und -inspektoren des Kantons mitgeholfen.

Zu Notmassnahmen musste man letztlich nicht greifen: Denkbar gewesen wären Klassenzusammenlegungen im grossen Stil oder der Einsatz von nicht fertig oder nicht ausreichend ausgebildetem pädagogischem Personal als Fach- oder Klassenlehrpersonen bis hin zur Erhöhung der Pflichtpensen der Lehrerinnen und Lehrer. Der Abbau von Lektionen oder des Unterrichtsangebots verbietet sich schon aus gesetzlicher Sicht.

«Jedes Schulkind wird am ersten Schultag am 12. August eine Lehrperson vor der Klasse haben», sagt Pfeiffer. «Aber die Situation war in diesem Jahr schon sehr viel herausfordernder als in früheren Jahren.» Die Gründe seien bekannt: Die Schülerzahlen wachsen, viele Lehrpersonen aus der Baby-boomer-Generation werden pensioniert, neue Lehrer kommen schweizweit zu wenig schnell nach. «Der Markt ist ausgetrocknet, wir können nicht mehr auswählen.» Nach wie vor mangelt es an Schaffhauser Schulen an adäquat ausgebildeten Heilpädagoginnen, an Lehrern für die Sek I – vor allem auf der Realstufe –, und ausgeweitet habe sich das Problem auf die Primarschule. Betroffen seien die Schulen tendenziell in den peripheren Landgemeinden, aber auch in der



Entwarnung vom Kanton: Die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen hat sich in den letzten Wochen stark reduziert – der Unterricht kann nach den Sommerferien überall ohne grosse Einschränkungen stattfinden.

BILD KEY

Stadt. «Geleitete Schulen sind im Personalprozess erfahrungsgemäss leicht im Vorteil», erklärt Pfeiffer.

Noch im Mai hatte der Kanton die lokalen Behörden dazu aufgerufen, zu prüfen, ob vorzeitig pensionierte Lehrer in die Schulstube zurückkehren möchten, ob Teilzeitlehrer allenfalls motiviert werden könnten, mehr zu arbeiten, und ob es in Nachbargemeinden noch freie Kapazitäten gebe. «Das wurde hier und da gemacht, in Einzelfällen sogar mit Erfolg, aber letztlich blieben solche Ansätze eher die Ausnahme.» Gerade Pensenerhöhungen seien

«Der Markt ist ausgetrocknet. Wir können nicht mehr auswählen.»

Peter Pfeiffer
Leiter Schulentwicklung
und Aufsicht beim Kanton

in vielen Fällen schwierig, weil nicht wenige Teilzeitlehrer neben dem Beruf noch familiäre Betreuungspflichten wahrnehmen würden, sagt Pfeiffer.

Nur in zwei Fällen habe man jetzt zu Massnahmen gegriffen, welche für die Schule, für Eltern und Kinder spürbar seien (siehe Kasten) – in den übrigen Fällen habe man die Fluktuation durch ordentliche Stellenneubesetzungen auffangen können.

Doch was unternimmt man nun, damit sich die Situation im kommenden Frühling nicht wiederholt? «Wir müssen ganz klar

früher reagieren und zusammen mit den lokalen Behörden herausfinden, wo personelle Engpässe entstehen könnten», erklärt Pfeiffer. Eine Arbeitsgruppe sei bereits am Werk. Sie müsse auch dringend aufzeigen, wie man den vermehrten Einsatz von Lehrkräften angeht, die für die dringend benötigten Stellen nicht adäquat ausgebildet sind. «Dazu gehören Weiterbildungen und eine enge Begleitung durch Lehrerkollegen», sagt Pfeiffer. «Wir können wie gesagt nicht mehr auswählen, sondern müssen mit den vorhandenen Fachkräften das Beste erreichen.»

Ebenfalls schauen müsse man, inwiefern Studenten der Pädagogischen Hochschule (PHSH), die etwa im letzten Ausbildungsjahr stehen, neben dem Studium zur Teilzeitarbeit im Schulzimmer gewonnen werden könnten, wie dies in anderen Kantonen gemacht werde. «Ja, auch das werden wir nun abklären.» Von den 47 diesjährigen PHSH-Absolventen steigen aufs neue Schuljahr 20 in einem anderen Kanton ins Berufsleben ein.

«Druck auf den Kanton ausüben»

Ende gut, alles gut? Patrick Stump, Co-Präsident des Lehrervereins LSH, widerspricht: «Es hat sich gezeigt: Die Behörden in den Gemeinden stehen bei den Stellenbesetzungen am Rande ihrer Möglichkeiten.» Etliche seien an die Lehrgewerkschaft herangetreten, um zu evaluieren, «wie man gemeinsam mehr Druck auf den Kanton ausüben könnte, um sofortige Hilfsmassnahmen zu erhalten», sagt Stump. Keine Freude hat man beim Lehrerverein an Klassenzusammenlegungen und dass jetzt teils Lehrpersonen eingestellt wurden, die noch nicht adäquat für ihren Job ausgebildet sind.

Das oberste Gebot sei es jetzt, die Lehrerlöhne anzupassen – Stump weist auf die Lohnunterschiede zu Zürich hin, die zwischen 15 und 30 Prozent betragen. Drei Prozent Erhöhung stehen im Raum. «Das tönt zwar gut, wird aber bei Weitem nicht ausreichen, um auch nur annähernd so attraktiv zu werden wie unsere Nachbarkantone», sagt Stump.

Dem Lehrerverein schweben analog zum Kanton Zürich zudem ein automatischer Teuerungsausgleich, ein automatischer Stufenanstieg sowie lohnwirksame Mitarbeiterbeurteilungen vor. Und schliesslich brauche es endlich kantonale Konzepte für Schulleitungen und die integrative Schulform.

Die Lohnfrage: 3 Prozent Erhöhung stehen im Raum

Die Besoldungen der Schaffhauser Lehrkräfte seien namentlich im Vergleich zum Kanton Zürich nicht mehr konkurrenzfähig. Dies sei ein wesentlicher Grund, weshalb es schwieriger bis unmöglich werde, fristgerecht Lehrkräfte anzustellen, die fachlich und persönlich gut qualifiziert seien. Diesen Schritt fordern nicht nur die Lehrer selbst, sondern auch ein Vorstoss im Kantonsparlament, den 34 von 60 Volksvertretern unterschrieben haben. Und auch die Regierung setzt sich dafür ein. Erziehungsdirektor Christian Amsler: «Es ist ein Fakt, dass wir eine Lehrermangelsituation haben, die sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird.» Das Schaffhauser Lohnsystem brauche in jedem Fall «eine Korrektur an der Stellschraube. Sonst droht eine immer grössere Kluft zu den Nachbarkantonen», so Amsler. Eine berechenbare

Lohnentwicklung sei für die Personalgewinnung unumgänglich, damit einigermassen konkurrenzfähige Löhne bezahlt werden können. «Insbesondere auch für jüngere Mitarbeitende.»

Für Anpassungen im Lohnsystem ist aber der Kantonsrat zuständig – letzte Woche hatte Amsler in einem Schreiben an Lehrer und Schulbehörden angetönt, dass die Regierung «auch in der anstehenden Budgetphase entsprechende Anträge stellen» wird. Wo genau man den Hebel ansetzen will und in welcher Höhe, könne man aber jetzt noch nicht sagen. «Wir müssen dies zuerst mit der Geschäftsprüfungskommission und dann im Kantonsrat in der Beratung des Budgets 2020 besprechen.» Lohnerrhöhungen fürs Staatspersonal sind nie unumstritten. Für Amsler ist jedoch klar: «Das wird nun eine Nagelprobe für die Schaffhauser Politik.» (lbb)

Not macht erfinderisch: Zwei Beispiele, wie die Gemeinden dem Lehrermangel begegnen

«Auf zwei seit Monaten ausgeschriebene Vollzeitstellen habe ich drei Bewerbungen erhalten», sagt der Hallauer Schulleiter Christian Bach. «Eine von einem Mann, der gerade die Pädagogische Hochschule beendet hat, eine von einer Grafikerin und eine von einer Fitnessberaterin.» Der Junglehrer habe dann jedoch ein Angebot im Kanton Zürich angenommen.

Mit anderen Worten: Die Schulgemeinde Hallau und Oberhallau konnte eine frei gewordene Klassenlehrerstelle für die Primarstufe nicht besetzen. Deshalb werden nun die bisher drei 3. und 4. Klassen zu zwei Klassen zusammengelegt. «Jede Klasse hat nun 23 Schülerinnen und Schüler, das ist mehr, als eigentlich erlaubt ist», sagt Bach. Man habe dazu eine Ausnahmebewilligung benötigt. Andere Lösungen, etwa aus dem Umfeld der bestehenden Lehrpersonen in

der Schulgemeinde, hätten sich zerschlagen. Von 42 Lehrkräften arbeiteten nur 12 Vollzeit. «Und Pensenerhöhungen sind nicht in jedem Fall realisierbar», sagt Bach. Mit der jetzigen Lösung könne man aber gut leben.

In Wilchingen-Osterfingen gab es ein Problem einer Stellenneubesetzung an der Unterstufe. Bereits heute arbeitet die Gemeinde auf der Oberstufe mit Trasadingen zusammen. Da eine Klassenlehrperson für die 1. Klasse in Osterfingen fehlt – «und keine einzige Bewerbung einging», wie die Wilchinger Schulleiterin Karin Voss sagt –, hat man folgende Lösung gefunden: «Neu gehen die Schülerinnen und Schüler aus allen drei Dörfern in Trasadingen in die 1. Klasse und in Osterfingen in die 2. Klasse», erklärt Voss. Die Klassen werden einstufig mit einer hohen Schülerzahl durch zwei erfahrene

Lehrpersonen geführt. Die Eltern habe man bereits vor 14 Tagen per Brief und an einer nachfolgenden Veranstaltung informiert.

Dazu gehört, dass die Schulgemeinden nun den Transport organisieren müssen. «Dazu nutzen wir die Linienbusse zwischen Osterfingen und Wilchingen-Hallau. Diese ergänzen wir mit einem privaten Busunternehmen für die Strecke zwischen dem Bahnhof Wilchingen und Trasadingen.» Die Stundenpläne wurden an den Halbstundentakt angepasst.

Nicht alle Eltern hätten auf diese Situation erfreut reagiert, sagt Voss. «Aber einen Vorteil hat die Lösung zumindest für die Trasadinger: Sie können ebenfalls das Tagesbetreuungsangebot in Wilchingen nutzen.» Wenigstens für die Dauer des nächsten Schuljahres will man an der neuen Lösung festhalten. (lbb)